

# Arbeitszwang

Dreitausend Zwangsarbeitslager gab es in den Kriegsjahren in Berlin. Auf einer Tour durch die einzelnen Bezirke will man in der Veranstaltungsreihe „NS-Zwangsarbeit vor unserer Haustür“ darüber ins Gespräch kommen



Niederländische Zwangsarbeiter in einem Lager in Spandau, 1943  
Foto: Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit/Sammlung Berliner Geschichtswerkstatt

Von Marina Mai

Als die Spandauerin mit ihrer Familie das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit in Schöneweide besuchte, erlebte sie einen Schock. „Das ist doch unser Haus“, hätte ihre Tochter plötzlich gerufen, erinnert sich die Frau, und dabei auf ein historisches Foto in der Ausstellung gezeigt. Das hing in einer langen Reihe von Fotos, die Orte von Zwangsarbeit dokumentierten. Das Haus, das die Spandauerin bewohnt, ist ein Familienerbstück. Zwangsarbeit aber kommt in der Erinnerung ihrer Familie nicht vor. Bisher nicht. „Ich habe mich an die Leitung des Dokumentationszentrums und an die Berliner Geschichtswerkstatt gewandt und wollte mehr erfahren“, berichtet die Frau. „Ich wollte Erinnerungen aus meiner Familie organisieren. Ich wäre die Letzte, die sich einem Gedenkort vor unserem Haus verwehrt hätte.“ Aber sie erhielt lange überhaupt keine Antwort, berichtet die Frau. Alles, was sie dann erfuhr: Das Foto stamme aus einem Fotoalbum tschechischer Zwangsarbeiter. Ob die in dem Haus untergebracht waren oder dort Arbeiten verrichten mussten – unbekannt.

Genau solche Debatten und Nachfragen sind es, die das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit mit einer Tour durch die Bezirke initiieren will. Jeden Monat zieht sie in diesem

## Zwangsarbeit-Reihe

**Tour** Vor 80 Jahren, im Jahr 1942, wurde Zwangsarbeit in Berlin zum Massenphänomen, das in der Reihe „NS-Zwangsarbeit vor unserer Haustür“ in den Blick genommen wird. Dazu gibt es bis Ende des Jahres jeden Monat eine Veranstaltung in einem Bezirk.

**Termin** Die nächste Veranstaltung ist am 19. Mai im Mitte Museum. Dabei beschäftigt sich der Historiker Thomas Irmer in einem Vortrag anhand von Fallbeispielen mit der Zwangsarbeit von deutschen Juden während des Krieges.

Jahr in einen anderen Bezirk und diskutiert gemeinsam mit den Bezirksmuseen, mit Archäologen, Geschichtspolitikern von Schulen, Bezirkspolitikern und interessierten Bürgern über, so der Titel der Reihe, „NS-Zwangsarbeit vor unserer Haustür“.

Im April war Station in Spandau. In den Gotischen Saal der Zitadelle, wo die Diskussion stattfand, waren rund 80 Interessierte gekommen. Die Erforschung der NS-Geschichte brauche den Austausch zwischen WissenschaftlerInnen, dem Bezirk und den vielen Privatinitiativen, sagt Uwe Hofschläger, der Leiter der Jugendgeschichtswerkstatt Spandau. Das private Engagement in Spandau an der Erforschung dieses Teils der Be-

zirks Geschichte sei riesig. „Aber ohne finanzielle und politische Unterstützung aus dem Bezirk können wir keine Erinnerungsorte schaffen, keine Stolpersteine verlegen.“

Zwangsarbeit war in den Jahren des Zweiten Weltkrieges in Berlin nicht zu übersehen. Knapp 500.000 ZwangsarbeiterInnen aus 20 Ländern lebten in der Reichshauptstadt. Aus Polen, der Ukraine, Frankreich und den anderen von der Wehrmacht eroberten Gebieten verschleppte Menschen sollten die Arbeitskräfte der deutschen Männer ersetzen, die an der Front waren. Vor allem in der Rüstungsindustrie wurden sie eingesetzt, aber nicht nur.

3.000 Zwangsarbeitslager gab es in den Kriegsjahren in Berlin, über das gesamte Stadtgebiet verteilt. Anders als man meinen könnte, waren sie nicht umzäunt. Die zwangsweise nach Berlin verschleppten Menschen mussten sie selbstständig zur Arbeit verlassen. Durch Außenher an ihren Kragen waren sie als Zwangsarbeiter erkennbar. Wer floh, dem drohte die Einweisung in KZ-ähnliche Arbeitserziehungslager.

Spandau war als Industriestandort ein Zentrum der Zwangsarbeit. Über 1000 Orte im Bezirk sind heute als Zwangsarbeitslager identifiziert worden, durch Archivstudien, Erinnerungen von Nachbarn oder durch archäologische Forschungen. Darunter eine Fleischerei, in der nur ein einziger Zwangsarbeiter tätig war und auch hausen musste, mehrere Lager mit 20 oder 30 Insassen, aber auch das riesige Lager in Haselhorst mit mindestens 3.000 Insassen, die bei Siemens schufteten. Für die Zwangsarbeiter bei Siemens in Spandau gab es auch im be-

nachbarten Falkensee riesige Lager. Der Historiker Florian Kemmler führt gerade im Auftrag der Stiftung „Topographie des Terrors“ Archivarbeiten im Siemens-Archiv zur Zwangsarbeit durch. Siemens unterhielt in den Kriegsjahren 127 Zwangsarbeiterlager in Berlin, mehr als jedes vierte davon in Spandau, berichtet er.

Doch es gibt auch Orte in Spandau, wo noch geforscht werden muss, ob es dort Zwangsarbeit gab. Beispielsweise die 1933/34 von der SA zu Schulungszwecken genutzten Baracken in Neu-Kladow. Man weiß nicht, ob die in den Kriegsjahren ein Zwangsarbeitslager waren. Auch zum Spandauer Horn zwischen Havel und Spree gibt es noch Fragezeichen. Archäologische Ausgrabungen brachten Indizien von Zwangsarbeit zu Tage, aber noch keine gesicherten Erkenntnisse, sagt Archäologe Torsten Dressler.

An anderen Orten wird darüber debattiert, ob man Orte von Zwangsarbeit erhält oder nicht. Das betrifft etwa die noch erhaltenen Baracken in West-Staaken, die zu DDR-Zeiten von den Grenztruppen genutzt wurden. Der Bezirk will dort eine Schule bauen, was den Abriss der Baracken bedeuten würde.

Seit 2005 erinnert im Evangelischen Waldkrankenhaus Spandau ein Mahnmahl an die Zwangsarbeiter im Bezirk. Auch wenn das heutige Krankenhausgebäude ein authentischer Ort der Zwangsarbeit war und der Stein dem Krankenhausträger willkommen war, die Initiatoren hätten ihn gern in der Spandauer Altstadt aufgestellt. Dort, wo die Spandauer flanieren und sich treffen. Das scheiterte damals allerdings am Widerstand der CDU.

# Zermürbt von den Nachbarn

Nach Zahlen von Reach Out sind 2021 so viele Menschen wie nie zuvor aus rassistischen oder antisemitischen Motiven und aufgrund sexueller Orientierung oder Identität angegriffen worden

Von Uta Schleiermacher

Angriffe aus rassistischen Motiven sind in Berlin weiter auf einem hohen Niveau. Das geht aus Zahlen von Reach Out hervor, der Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, die diese Angriffe in einer eigenen Statistik erhebt. Täglich würden Menschen in Berlin verletzt und bedroht, in den allermeisten Fällen aus rassistischen Motiven.

Reach Out hat für das Jahr 2021 demnach 353 Angriffe aus rassistischen oder antisemitischen Motiven oder gegen die sexuelle Orientierung oder Identität dokumentiert. Die Beratungsstelle sieht damit keinen Rückgang zum Vorjahr – für 2020 hatte sie 357 Angriffe gemeldet. Denn: Mit 620 Menschen seien so viele wie nie zuvor von solchen Angriffen betroffen. Dabei war Rassismus mit 219 Fällen das häufigste Motiv.

Reach Out dokumentiert nach eigenen Angaben unterschiedlich schwere Körperverletzungen, massive Bedrohungen und Nötigungen, die „erhebliche Folgen für die Betroffenen“ haben. Dabei steht für die Beratungsstelle die Perspektive und Erfahrung der Angegriffenen im Vordergrund, weshalb

es sich bei den Angriffen auch nicht nur um strafrechtlich relevante Gewaltdelikte handelt. Die Beratungsstelle geht davon aus, dass es darüber hinaus ein großes Dunkelfeld gibt, sagte Sabine Seyb bei der Präsentation der Auswertung am Mittwoch.

Ein besonderes Augenmerk hätten sie dieses Mal auf – ebenfalls meist rassistische – Angriffe in der Nachbarschaft gelegt, sagte Seyb. In mindestens 23 Fällen hätten Täter die Betroffenen in deren direktem Wohnumfeld attackiert. „Das sollte aber ein geschützter Raum sein“, sagte Seyb. „Daher können aus solchen Angriffen schnell existenzielle Nöte entstehen.“

Das bestätigt auch Biplab Basu, ebenfalls von Reach Out. „Wir stellen fest, dass Menschen, die sich deswegen an uns wenden, am Ende ihrer Kräfte sind, weil sie andauernd angegriffen und schikaniert werden“, sagte er. „Und die Nachbarn gehen oft noch weiter. Sie protokollieren etwa Geräusche und schicken Briefe an die Hausverwaltung, die wiederum die Anschuldigungen oft nicht überprüft und dann Abmahnungen schickt“, sagte er.

Neben der Hausverwaltung würden oft weitere Behörden mit einbezogen. „Ich wurde an-

fangs gemobbt, der Nachbar hat mir im Treppenhaus keinen Platz gemacht“, sagte Katsiaryna Olszewski, die sich wegen solcher Schikane an Reach Out gewandt hatte. Doch aufgrund eines anonymen Briefs habe sich dann sogar das Jugendamt bei ihr gemeldet, angeblich seien Hilfeschreie der Kinder zu hören gewesen.

## Ein besonderes Augenmerk lag dieses Mal auf Angriffen in der Nachbarschaft

„Wir beobachten, dass die Behörden und Wohnungsbaugesellschaften solche Beschwerden von Nachbar\*innen oft ungeprüft übernehmen“, sagte Basu. „Rassisten pöbeln, und sie finden überall Unterstützung.“ Auch bei der Beratungsstelle Fair Mieten Fair Wohnen sieht man dies als Zeichen einer zunehmenden Hemmungslage. Die Beratungsstelle hat daher eine Handreichung erarbeitet, die auch als Broschüre vorliegt. „Solche Fälle gehen über Nachbarschaftskonflikte

hinaus“, sagte Remzi Uyguner von Fair Mieten Fair Wohnen. „Deshalb wollen wir auch die Vermieter\*innen dafür sensibilisieren.“ Solidarisches Nachbar\*innen könnten sich etwa als Zeug\*innen anbieten.

Sorge macht Reach Out darüber hinaus auch, dass zunehmend Kinder und Jugendliche angegriffen werden oder Zeug\*innen von Angriffen sind. „Das lässt auf eine erschreckende Brutalität der Täter\*innen schließen“, sagte Sabine Seyb von Reach Out bei der Präsentation der Statistik. Fremde Erwachsene würden Kinder anschreien, stoßen oder schlagen. Auch hier sei meist Rassismus das Motiv.

Reach Out beklagte auch, dass die Auswertung der Fälle im vergangenen Jahr schwerer gewesen sei als in den Vorjahren. Denn die Ermittlungsbehörden würden sehr viel weniger Informationen zur Verfügung stellen. „Die Behörden begründen das mit rechtlichen Bestimmungen im Datenschutz. Andererseits gibt es weiterhin Pressemeldungen der Polizei“, sagte Seyb. „Wir fordern, dass das überprüft und wieder geändert wird, damit ein umfassendes Monitoring auch in Zukunft möglich ist“, sagte sie.

## Was Reach Out meldet

**Motive** Mit 219 Fällen ist Rassismus das häufigste Motiv, mindestens 10 Angriffe seien antimuslimlich motiviert, 28 richteten sich gegen Schwarze Menschen. 47 Taten seien LGBTQI\*-feindlichen Motiven zuzuordnen.

**Betroffene** Angegriffen wurden auch Kinder (51 Fälle) und Jugendliche (44 Fälle). 10 Gewalttaten richteten sich gegen Obdachlose, außerdem listete Reach Out 17 Bedrohungen und Angriffe auf Journalist\*innen.

**Angriffe** Bei den meisten Angriffen handelte es sich um Körperverletzungen (177), gefährliche Körperverletzungen (132) und massive Bedrohungen (28).

Anzeige